

Arbeiterzeitung

Einzelnnummer 10 Pfennig

Zwei Zeitungshändlern und in allen Kiosken erhältlich

Sammelt für Berlin!
Berlin muß siegen!

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale
Verbreitungsgebiet Ostsachsen / Beilagen: Der rote Stern / Arbeiter-
Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jugend

Verlag: Dresdner Verlag, Dresden, Brüderstraße 10
Sprechstunden: Montag 16-18 Uhr, Dienstag 16-18 Uhr, Mittwoch 17-18 Uhr, Donnerstag 17-18 Uhr, Freitag 18-19 Uhr

6. Jahrgang

Dresden, Freitag den 24. Oktober 1930

Nummer 249

So sieht ihr „Kampf“ gegen Hunger und Faschismus aus:

Belagerungszustand statt Arbeit und Brot

Sozialdemokratische Polizeipräsidenten verteidigen Brünnings Hungerblockade mit Knüttel und Blei

Esien, 24. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) - Nach dem Verbot des Hungermarsches der Erwerbslosen durch den Sozialfaschisten Lübbeling haben nun auch alle übrigen Polizeipräsidenten des Ruhrgebiets den Belagerungszustand verhängt. In Essen hat der Sozialfaschist Schröder vom 25. Oktober ab bis auf weiteres alle kommunistischen und Erwerbslosenmünge- und Versammlungen wegen „unmittelbarer Gefahr für die öffentliche Sicherheit“ verboten. In Duisburg hat der SPD-Polizeipräsident Meyer das gleiche Verbot ausgesprochen, ebenso in Arnberg der sozialdemokratische Regierungspräsident König.

Das Ruhrgebiet steht unter Belagerungszustand! Die SPD gibt die Straße den Faschisten frei! Demonstrationen der Erwerbslosen um Arbeit und Brot sollen im Sinne erfüllt werden! Brünnings Diktatur wird durch die Maschinenengewehr der Unruhm und Severing geschickt.

„Ueber die Qualifikation Geberings ist kein Wort zu verlieren...“

Die Erwerbslosen haben aber ein gewichtiges Rekrutierungsgebiet der Kämpfer... Heute haben wir 3 Millionen Arbeitslose, und heute, in einer Zeit der wirtschaftlichen Depression, wo wir ein Arbeitslosenheer von 3 Millionen haben, wollen Sie der Republik den Schuß verweigern?

(Severing in seiner Reichstagsrede zur Begründung des Republikstabilgesetzes.)

Dresden, den 24. Oktober.

Die neuesten amtlichen Ziffern über den Arbeitsmarkt berichten von einem weiteren Anwachsen der Arbeitslosigkeit. Statt Arbeitsbeschaffung hat die Brüning-Regierung in ihrer Diktaturverordnung den Unterhaltungsstand verschärft. In ihrem dem Reichstag vorgetragenen Regierungsprogramm fordert sie die Selbständigmachung der Erwerbslosenversicherung vom Reichshaushalt, also eine weitere rigorose Streichung sozialer Mittel.

„Für Arbeit und Brot! Gegen Brüning-Diktatur und Faschismus!“ Unter diesen Losungen sollte der Hungermarsch durchs Ruhrgebiet stattfinden. Er ist verboten worden. Statt Arbeitsbeschaffung und Brot und Schutz vor der mörderischen Rationalisierung, die soeben wieder in Alsdorf hunderte Arbeiter niedergestreckt hat, stehen Maschinengewehr und karabinerbewaffnete Kommandos der bewaffneten Staatsmacht. Diejenigen, die den blutigen Belagerungszustand über das Ruhrgebiet verhängen, sind Sozialdemokraten. Kann die Bedeutung der Ernennung Severings zum preußischen Innenminister noch schärfer und eindeutiger unterstrichen werden als durch diese Tatsachen?!

Am 18. Oktober hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion dem faschistischen Brüning-Kurs faktisch das Vertrauen ausgesprochen. Jetzt geht ihr Severing dazu über, diesen Kurs mit Blut und Eisen vor der Empörung der hungernden Massen zu sichern.

Die „Linke“ SPD-Presse in Sachsen, die den 18. Oktober verteidigt, indem sie die Gefahr des offenen Faschismus betont, verteidigt auch Severing mit der gleichen Begründung. „Die Reaktion getroffen, Proteststurm ihrer Presse“, schreibt das Dresdner SPD-Blatt.

„Aber sicher ist wohl, daß diese Einsetzung Severings in das preußische Ministeramt als ein Zugeständnis des Zentrums an die Sozialdemokratie zu bemerken ist.“

So wird aus der blutigen Unterdrückung des Brüning-Kurses ein Sieg der SPD über die Reaktion gemacht. Die Tatsache, daß der Bourgeoisie zur Sicherung des Brüning-Kurses in Preußen die braune Wordpeist allein nicht genügt, daß sozialdemokratische Minister zur Aufrechterhaltung der „Ruhe und Ordnung“ jetzt und im Winter eine bessere Garantie sind, findet freudigen Widerhall in der Presse der Edel und Sendewitz.

Jawohl, die Hugenberg-Presse „protestiert“. Aber ihr Protest entspringt der Tatsache, daß die Hugenberg und Hiltner von den 300 000 Staatspräsidenten in Preußen zunächst ausgeschlossen bleiben. Nicht diese Streitfragen, die dem Zweck über schwerbeschäftigte staatliche Funktionen entspringen, sind für das Proletariat von Bedeutung, sondern die Tatsache, daß ein Severing von der Bourgeoisie dazu berufen wird, die „Ruhe und Ordnung“ in einer kapitalistischen Gesellschaftsordnung, in einem bürgerlichen Staat aufrechtzuerhalten, also in jedem Falle die gefährdeten Positionen der Bourgeoisie vor dem Ansturm der hungernden Massen mit allen Mitteln zu verteidigen. Wenn die „Linke“ SPD-Presse daraus die Folgerung zieht, daß durch Severings Ernennung die „Reaktion getroffen“ sei, warum,

so fragen wir, zitiert sie nicht Pressestimmen, die die Meinung des entscheidenden Teils der deutschen Bourgeoisie, der Trutskapitalisten, zum Ausdruck bringen? So schreibt die „Arbeiterzeitung“, das Organ der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie, zur Ernennung Severings:

„Wenn heute Dr. Waentig Herrn Severing Platz macht, so wird jeder, dem an Ordnung im größten Lande des Reiches gelegen ist, dies begrüßen. Es hätte keinen Sinn, diesen Wechsel vom parteigegnerischen Standpunkt aus anzugreifen... keine ruhige, nervositätsfreie Entschlossenheit bürgt dafür, daß die Staatsautorität in der richtigen Weise gewahrt wird, falls der Kapitalismus rechts und links bei seiner Agitation den Faden der Befolgung verlassen sollte. Sine qua non, daß der neue Minister des Innern weit über die Grenzen seiner Partei hinaus Achtung und Ansehen genießt.“

Diese Einschätzung Severings durch das königliche Organ der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie ist für die künftigen Taten Severings bezeichnend. Der Hinweis auf den Kapitalismus von rechts ist nur eine Umschreibung für die Bourgeoisie, die von der „DZ“ nicht einmal mitgemacht wird. Dieses Blatt der Schatzmacher, das ganz offen für einen Nazi-Polizeiminister in Preußen Propaganda gemacht hat, begrüßt Severing mit folgendem Erguß:

„Offenbar ist man an führender Stelle in Preußen und in der Sozialdemokratie aber der Meinung, daß die gegenwärtigen politischen Spannungen unter Umständen eine härtere Hand erfordern könnten, als die des intellektuellen Waentig. Ueber die Qualifikation des Herrn Severing für das Amt, das er ja bereits in schwierigen Zeiten viele Jahre geleitet hat, ist kein Wort zu verlieren.“

(Fortsetzung auf Seite 2)

Proteststreik gegen den Massenmord an den Bergarbeitern!

Aufruf der RGO im Wurmrevier - Appell der Reichsleitung der RGO, Gruppe Bergbau

Machen, 23. Oktober.

Die Vertreter der Revolutionären Gewerkschaftsopposition im Wurmbergbau haben einen Aufruf erlassen, in dem sie die Bergarbeiter des Wurmreviers am Tage der Beerdigung der gemordeten Kameraden, am Sonnabend dem 25. Oktober zu einem 24stündigen Proteststreik aufrufen. In dem Aufruf heißt es u. a.:

„Wochen- und monatelang haben wir die großen Gefahren gesehen! Jeden Tag sahen wir die Katastrophe kommen. Von der Zerschwerung und der Bergbehörde haben wir immer und immer wieder verlangt, die Schlagmettergefahr zu beseitigen. Die beschwerdelührenden Kameraden wurden gemährt und auf die Straße geworfen. Angesichts unserer toten Kameraden haben wir für Sonnabend den 2. Oktober einen einseitigen Proteststreik gegen kapitalistische Ausbeutung und Bergarbeitermord beschlossen. Für den Schutz unseres Lebens und unserer Gesundheit, für die Erhöhung der Löhne, die Siebenstundenschicht mit Lohnausgleich demonstrieren wir am Sonnabend dem 25. Oktober durch den Streik.“

Kameraden in allen deutschen Bergrevieren, schließt euch unseren Forderungen an; protestiert mit uns durch Arbeitsniederlegung!“

Die RGO im Ruhrgebiet hat bereits die Bergarbeiter zu einem 24stündigen Proteststreik aufgefordert.

Die Reichsleitung der Industriegruppe Bergbau der RGO richtet an alle Bergarbeiter den Appell, am Sonnabend, dem Tage der Beerdigung der Toten von „Anna II“, in allen Bergrevieren in einen 24stündigen Proteststreik zu treten, Kundgebungen und Demonstrationen für die Forderungen der Bergarbeiter durchzuführen.“

112000 mehr!

Berlin, 24. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.)

Nach amtlicher Mitteilung beträgt die Ziffer verfügbarer Arbeitsuchender am 15. Oktober 3 184 000. Das ist eine Zunahme gegenüber dem vorigen Berichtsdatum um rund 112 000. „Die Auswirkungen des Reichswohnungsbauprogramms (heißt es im amtlichen Bericht) schaffen nur im beschränkten Maße ein Gegengewicht.“

Empörungsturm gegen die Mörder

Kommunistische Massentundgebung in Alsdorf - Bis jetzt 264 Tote geborgen

Alsdorf b. Wachen, 24. Okt. (Eig. Drahtmeldung.)

Die Trauer der Hinterbliebenen der Erschlagenen schlägt in eine Massenempörung gegen den Raubbau an den Bergproleten um. In Alsdorf fand gestern nachmittag auf dem Hauptmarkt eine Massentundgebung statt, in der der kommunistische Landtagsabgeordnete Genosse Sobotta sprach und in der für eine Protestaktion anlässlich der Beerdigungsfeier aufgerufen wurde. Die Teilnehmer zogen unter roten Fahnen durch Alsdorf bis vor das Verwaltungsgebäude. Die Polizei sperrte die Straßen ab und drängte die Massen zurück. In den späten Abendstunden wiederholten sich die Demonstrationen unter Führung der RGO.

Bedenklichkeit und Behörden sind die Schuldigen!

Es steht jetzt absolut fest, daß die Ursache der Katastrophe auf Anna II eine Schlagmetterexplosion ist. Alle Sprengstofflager unter Tage sind unversichert. Freilich ist mit voller Sicherheit festgestellt worden, daß ein entgegen dem gesetzlichen

Bestimmungen über Tage lagernder Sprengstoffvorrat, der sich auf der Rajenhängewand befand, von der Stichtamme der Schlagmetterexplosion, die im Schacht heraufschlug, entzündet wurde und explodierte. Durch diese Explosion wurden der Schachturm und die umliegenden Häuser zerstört. Die Zedernverwaltung leugnet zwar die Explosion des Sprengstoffvorrats über Tage ab, aber sie ist einwandfrei erwiesen, die große ungeheure Schuld an der Explosion kann von der Zedernleitung und den Behörden ebensowenig bekräftigt werden.

Am Mittwochnachmittag waren 264 Tote geborgen. Hunderte von Menschen melden noch ihre Angehörigen als vermisst an. Revier 9 ist nach wie vor durch ungeheure Brüche verstopft, man kann nicht herantommen. Die Kumpel sind eingeschlossen und sicher alle tot.

Die Gemeindebehörden von Alsdorf haben sich bis jetzt nicht im geringsten um die Arbeiter und Arbeiterinnen gekümmert, die infolge der Beschädigung ihrer Wohnung obdachlos wurden. Es sind ihrer gegen 200, die im Atrien kampieren, obwohl Hotels und Restaurationen frei sind und dort die Obdachlosen untergebracht werden könnten. Betrieben der KPD fordern sofortige Abhilfe.